

Nicht ohne uns – Stimmen für ein vielfältiges Niedersachsen

Forderungskatalog zur Landtagswahl 2022

amfn.e.V.

Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen,
Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen

Präambel

Am 9. Oktober 2022 findet in Niedersachsen die Wahl zum 19. Niedersächsischen Landtag statt. Die Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen – amfn e.V. wendet sich an die Politiker*innen und Verantwortlichen in der Politik, aber auch an alle Wahlberechtigten, ob mit oder ohne Migrationsgeschichte.

Wir rufen alle demokratischen Parteien auf,

- in ihrem Wahlkampf deutlich zu machen, dass sie für eine inklusive und vielfältige Gesellschaft eintreten;
- sich deutlich gegen Rassismus und Diskriminierung zu positionieren und Rassismus weder in den eigenen Reihen noch im Wahlkampf hinzunehmen;
- in verantwortlichen Ämtern und Mandaten auch Kandidat*innen mit Migrationsgeschichte aufzustellen.

Wir rufen alle Wahlberechtigten auf,

- von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen;
- sich in und für Parteien zu engagieren, die sich in ihren Programmen eindeutig gegen Rassismus und Diskriminierung positionieren und aktiv für eine moderne Einwanderungs- und Integrationspolitik sowie ein gleichberechtigtes Miteinander eintreten;
- Parteien abzulehnen, die ihren Wahlkampf und Politik auf Kosten und zum Nachteil von marginalisierten Gruppen machen, sich rassistischer Aussagen und Motive bedienen oder andere demokratiefeindliche Agenden verfolgen.

Wir rufen auch alle nicht-wahlberechtigten Zugewanderten auf, sich zu informieren und sich aktiv in Diskussionen und in der Öffentlichkeit einzubringen.

Für eine zukunftsorientierte Integrations- und Gleichstellungspolitik in Niedersachsen sind Konzepte, Strukturen und Ressourcen notwendig.

In den nachstehenden ausgewählten Handlungsfeldern stellt die Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen – amfn e.V. ihre landespolitischen Forderungen:

Verbesserung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen

Seit Jahren wird über Teilhabe und Partizipation gesprochen, jedoch blieb es bislang größtenteils bei Lippenbekenntnissen. Wir wollen endlich Verbindlichkeit!

Für Niedersachsen fordern wir daher:

- ein Gesetz zur Regelung von Partizipation und Teilhabe auf Landesebene;
- die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG);
- die gesetzliche Verankerung und flächendeckende Einführung von Integrationsbeiräten auf kommunaler Ebene;
- die Umsetzung des Aktionsplans gegen Rassismus;
- den Ausbau, die langfristig sichergestellte Förderung und Stärkung der Migrationsberatung.

Darüber hinaus fordern wir:

- die Schaffung eines Niedersächsischen Integrationsministeriums an dessen Spitze ein*e Minister*in mit Migrationsgeschichte steht.

Auf diese Weise können die beim Land angesiedelten Integrationsaufgaben sinnvoll gebündelt und mit Hilfe eines entsprechend ausgestalteten Ministeriums die Kommunikation mit den Migrant*innen sowie ihre Identifikation mit Niedersachsen verbessert werden.

Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes

Immer wieder wird von Parallelgesellschaften gesprochen. Die einzige belegbare Parallelgesellschaft ist der öffentliche Dienst in Deutschland. Er spiegelt mit weit über 90% Herkunftsdeutschen in keiner Weise die tatsächliche Bevölkerungssituation wider.

Vom neuen Landtag und der Landesregierung erwarten wir daher, dass sie verbindlich regeln, dass:

- der öffentliche Dienst bei der Neueinstellung und der Vergabe von Ausbildungsplätzen dem prozentualen Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationsgeschichte Rechnung trägt;
- interkulturelle Kompetenz ein bevorzugtes Einstellungskriterium im öffentlichen Dienst wird.

Förderung der Migrant*innenselbstorganisationen

Die Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) in Niedersachsen sind bedeutende Akteure im Integrationsprozess und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Durch ihre Arbeit leisten sie nicht nur einen Beitrag zu gesellschaftlicher Teilhabe und Integration, sondern tragen darüber hinaus zur Sichtbarkeit von Vielfalt bei. Sie sind politisch-gesellschaftliche Stimmen marginalisierter Gruppen und eröffnen Räume für Empowerment und Teilhabe. Ihre Arbeit leisten sie dabei in der Regel ehrenamtlich und mit geringen finanziellen Mitteln. An sie werden aber zunehmend hohe Anforderungen gestellt, daher gilt es sie nachhaltig zu stärken und einzubinden.

Wir fordern daher von der Landesregierung und dem Niedersächsischen Landtag:

- die Strukturförderung von landesweit agierenden MSOs in den kommenden Jahren auszubauen und zu verstetigen;
- die Einrichtung eines Haushaltstitels, aus dem MSOs und kleinere Migrant*innenvereine mit Personal- und Sachkosten institutionell gefördert werden;
- die Beteiligungsmöglichkeiten an Förderprogrammen niedrigschwellig zu gestalten, etwa durch die Verringerung des Eigenmittelanteils oder die Anrechnung von Engagement als Eigenmittel, um die Diversität in der Organisationslandschaft noch weiter zu fördern.

Humane Flüchtlingspolitik in Niedersachsen

Eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik verlangt es, Menschen, die Opfer von Kriegen und Menschenrechtsverletzungen geworden sind, aufzunehmen, zu schützen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Wir fordern daher:

- eine stärkere und intensivere Beteiligung bei der Bekämpfung von Fluchtursachen;
- gezielte Maßnahmen, um die Diskriminierung von Geflüchteten und Asylbewerber*innen zu beenden;
- die Sicherstellung schneller Zugänge für alle Geflüchteten und Asylbewerber*innen zu integrativen Maßnahmen wie Sprachkursen, zu Ausbildung und Arbeit, medizinischer und psychologischer Unterstützung sowie zu einer guten Wohnsituation;
- bedarfsdeckende Angebote von Sozial- und Rechtsberatungen für Geflüchtete;
- besondere Schutzmaßnahmen vor Gewalt, insbesondere für Kinder, Frauen und LSBTTIQ¹-Geflüchtete;
- die Gewährung des Rechts auf Familie für alle Geflüchteten und die Ermöglichung des Familiennachzugs auch für Geflüchtete mit subsidiärem Schutzstatus.

¹ Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuell, Transgender, Intersexuelle, Queere

Gesundheit

Alle in Niedersachsen lebenden Menschen haben das Recht auf gleichberechtigten Zugang zur medizinischen Versorgung im Präventions- und Behandlungsbereich. Kultursensibilität und der Abbau von Sprachbarrieren ermöglichen den Zugang zur gesundheitlichen Aufklärung und verbessern die Kommunikation zwischen Patient*innen mit Ärzt*innen und Pflegekräften. Darüber hinaus können so auch Zeit und Kosten im Gesundheitsbereich gespart werden.

Von der Landespolitik fordern wir daher:

- den Ausbau von kultursensiblen Angeboten in der Kranken- und Altenpflege sowie im Hospizbereich;
- die qualifikationsadäquate Einstellung sowie gleiche Bezahlung für Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen im Gesundheitsbereich;
- den Einsatz von geschulten Sprachmittler*innen/Dolmetscher*innen;
- eine Sicherstellung der medizinischen Versorgung auch für Menschen ohne Papiere, z.B. durch die Einführung der »Gesundheitskarte für alle«.

Bezahlbares Wohnen für alle

Der Wohnungsmarkt ist bundesweit in vielen Kommunen äußerst angespannt. Menschen mit niedrigem Einkommen sowie Familien finden angesichts der steigenden Preise kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Bei Eingewanderten kommen zudem oft rassistisch geprägte Vorbehalte der Vermieter*innen und strukturelle Diskriminierung hinzu. In den vergangenen Jahren wurden die langjährigen Versäumnisse in der Wohnungspolitik sowie die Folgen profitorientierter Wohnraumprivatisierung sichtbar.

Vom neuen Landtag und der kommenden Landesregierung fordern wir daher:

- eine Forcierung des sozialen Wohnungsbaus, der jenseits von Profitdenken auch die Versorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sicherstellt;
- die konsequente Durchsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie des Verbots der Diskriminierung auch in privaten Geschäftsbeziehungen (z.B. bei Vermietungen);
- die Unterstützung bei der Wohnungssuche und beim Abschluss von Mietverträgen für besonders benachteiligte Gruppen, wie z.B. kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Geflüchtete;
- die Kontrolle der Mietpreissteigerung durch effiziente Regelungen und Gesetze.

Beschäftigung

Migrantinnen und Migranten sind auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt häufig mit vielfältigen Ausgrenzungen und Diskriminierungen konfrontiert. So sind sie stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Jahr 2019 war die niedersächsische Erwerbslosenquote bei Menschen mit Migrationsgeschichte doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Migrationsgeschichte (10,1% vs. 5%)².

In Niedersachsen sind Menschen mit Migrationsgeschichte (6,7%) somit häufiger auf soziale Transferleistungen angewiesen als Menschen ohne Migrationsgeschichte (4,8%)³.

Der neue Landtag und die neue Landesregierung sollen innovative Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation von Menschen mit Migrationsgeschichte in Niedersachsen in die Wege leiten.

Wir fordern daher:

- die Arbeitserlaubnis für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus;
- die vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Kompetenzen;
- die Bekämpfung der Diskriminierung und Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt;
- spezifische Angebote für Eltern mit zu betreuenden Kindern, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und damit vor allem Frauen die Arbeitsmarktintegration zu erleichtern;
- Integrations- und Sprachkurse für alle Eingewanderten, auch berufsbezogen unabhängig von der Bleibeperspektive und der Aufenthaltsdauer.

² www.integrationsmonitoring-laender.de (Erwerbslosenquote nach Migrationsstatus)

³ www.integrationsmonitoring-laender.de (Quelle des überwiegenden Lebensinterhalts)

Rassismus

Rassismus ist ein gefährliches Gift, das Menschen tötet, die Menschenwürde verletzt und die Demokratie zersetzt. Seit Jahren ist eine Zunahme des Rassismus in der Mitte der Gesellschaft und ein Erstarken von rechtspopulistischen, rechtsradikalen Kräften zu verzeichnen. Deshalb sind eine klare Haltung und das Engagement aller Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte gegen jegliche Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit immens wichtig.

Wir fordern daher:

- die Einrichtung einer unabhängigen Landes-Antidiskriminierungsstelle;
- zur landesweiten Dokumentation und dem Monitoring rassistischer Diskriminierung;
- zur Koordinierung und Unterstützung von lokalen Initiativen und Organisationen;
- zur Sicherstellung von flächendeckender, professioneller Beratung von Betroffenen und Opfern;
- die schonungslose Ahndung von rassistischen Verhaltensweisen und Delikten im staatlichen und privatwirtschaftlichen Sektor;
- die Etablierung von Programmen zur rassismuskritischen Bildung;
- die Förderung der zivilgesellschaftlichen Strukturen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus sowie des bürgerschaftlichen Engagements zum Empowerment von Betroffenen.

Bildung

Die Bildungspolitik in Niedersachsen genügt nicht annähernd den Herausforderungen der heutigen globalisierten Welt, in welcher Vielfalt, Teilhabe und Chancengerechtigkeit selbstverständliche Werte unseres Zusammenlebens sein sollten. Dieses verlangt sowohl von der Gesellschaft als auch von der Politik eine besondere Haltung ab: Eine Wertschätzung der kulturellen Vielfalt, der Mehrsprachigkeit und letztlich das Anerkennen der Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts.

Nach wie vor reproduziert das niedersächsische Bildungssystem die soziale Ungleichheit und trägt zu wenig zur Chancengerechtigkeit bei.⁴ Noch immer ist die soziale Herkunft ein entscheidender Faktor für den Bildungserfolg und noch immer verlassen deutlich mehr Jugendliche mit Migrationsgeschichte die Schule ohne Abschluss als Jugendliche ohne Migrationsgeschichte.

Die Corona-Pandemie, insbesondere durch die langen Zeiten des Homeschoolings, hat die Nachteile beim Bildungserfolg für Kinder aus Familien mit geringeren Bildungsressourcen weiter vertieft.

Die neue Landesregierung und der neue Landtag sollen die Bildungspolitik neu gestalten, um die negativen Zusammenhänge von Herkunft und Bildungschancen aufzulösen.

⁴ In Niedersachsen zeigt sich zum einen eine Bildungsungleichheit im Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Hintergrund, welcher für Jugendliche mit und ohne Migrationsgeschichte gilt, und zum zweiten eine Ungleichheit zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationsgeschichte. (Quelle: Niedersächsisches Kultusministerium, Hrsg. (2017): Bildung in Niedersachsen 2017, S. 22.)

Insbesondere folgende Ziele sollen verfolgt werden:

- rassismuskritische Trainings als verpflichtender Bestandteil der Lehrer*innen- und Erzieher*innen-Aus- und Weiterbildung;
- rassismuskritische Überprüfung und Überarbeitung der Lehrinhalte und -Materialien sowie der Curricula;
- unabhängige Beschwerde- und Beratungsstellen für Schüler*innen und Lehrer*innen bei rassistischen Diskriminierungsvorfällen;
- Forcierung von Aktivitäten, um die Anstellung von Lehrkräften, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und anderer Fachkräfte mit Migrationsgeschichte in Bildungsinstitutionen, entsprechend dem Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte an der Bevölkerung zu verwirklichen;
- Abbau von Hürden bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen von Lehrkräften und Angebot von ergänzenden Qualifizierungen, um mehr Pädagog*innen mit Migrationsgeschichte in den Schuldienst aufzunehmen;
- Anerkennung von Vielfalt als Ressource und Befähigung der Schulen kompetent damit umzugehen;
- Beseitigung lernfeindlicher Lebensbedingungen von allen geflüchteten Kindern in Lagern und Gemeinschaftsunterkünften;
- Schulbesuch unabhängig vom Unterbringungsort bedarfsgerecht für alle geflüchteten Kinder und Jugendliche von Beginn an ermöglichen;
- Anerkennung der Sprachenvielfalt unter den Schüler*innen und gezielte Förderung dieses Potenzials, indem Vielsprachigkeit als grundlegendes Strukturelement der schulischen Bildung verankert und ausgebaut wird;
- Erhebung der bei den Schüler*innen vorhandenen Sprachkompetenzen bereits bei der Schuleingangsuntersuchung bzw. vor der Einschulung mit standardisierten Verfahren und verbindliche Information der Eltern über die Möglichkeiten der Förderung der Erstsprachen in der Schule;
- Implementation von Mehrsprachigkeit in verschiedenen Unterrichtsfächern (Translanguaging);
- Gleichstellung der Erstsprachen zu den Pflichtfremdsprachen;
- Sicherstellung des Angebots eines deutschsprachigen Religionsunterrichts für muslimische Kinder durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte;
- Verstärkung und Ausbau des MigrantenElternNetzwerks Niedersachsen.

Medien

Über 20% der Bevölkerung Niedersachsens hat eine Migrationsgeschichte. Diese Vielfalt und Interkulturalität spiegelt sich allerdings weder in der Medienberichterstattung noch bei den Medienschaffenden wider. Auch in der Niedersächsischen Landesmedienanstalt steht die vollständige interkulturelle Öffnung bisher noch aus. Ebenso fehlen bisher gezielte Maßnahmen, um Medien- und Rundfunkräte bezüglich Diskriminierung und Rassismus zu sensibilisieren.

Wir fordern:

- eine sachorientierte Berichterstattung ohne Stigmatisierung von Migrant*innen und Migrantengruppen;
- die konsequente Berücksichtigung der Perspektive von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Berichterstattung;
- Integration als Thema soll in öffentlich-rechtlichen Medienanstalten wie auch privaten Medienunternehmen zentrale Querschnittsaufgabe sein, sowie ein eigenes Ressort erhalten;
- die Schaffung einer Stelle beim Norddeutschen Rundfunk, die für Diskriminierungsfragen zuständig ist;
- Menschen mit Migrationsgeschichte müssen in allen Bereichen und Ebenen der Medien entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung repräsentiert sein.

amfn e.V.

**Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten
und Flüchtlinge in Niedersachsen**

Kurt-Schumacher-Straße 29

30159 Hannover

www.amfn.de